



**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST
JUSTIZGEWERKSCHAFT**
Oberösterreich



Vorsitzender:
WERNER GSCHWANDTNER
Amtsdirektor Regierungsrat

Justiz in Not

Justizgewerkschaft lehnt weitere Kürzungen ab!

Eine klare Absage erteilt die Justizgewerkschaft weiteren Einsparungsplänen der Bundesregierung für den Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

„Wir können weitere Kürzungen nicht mehr verkraften“, betont der Vorsitzende der OÖ Justizgewerkschaft Werner Gschwandtner.

Um den Dienstbetrieb geordnet weiterführen zu können, benötigt die Justiz mehr Personal und Budget als die Bundesregierung bereitstellen will.

„Neben dem bereits jetzt fehlenden Personal in den Gerichtskanzleien benötigen wir rund 150 Ausbildungsplanstellen, um der demografischen Entwicklung entgegenwirken zu können. Bei einer Ausbildungszeit von vier Jahren ist jetzt dringender Bedarf gegeben, um die Pensionierungswelle abfedern zu können“, fordert der Justizgewerkschafter.

„Für die Abdeckung des finanziellen Bedarfs für diese Planstellen und den Bedürfnissen des laufenden Dienstbetriebs benötigen wir bundesweit zusätzlich ca. 20 Mio. Euro. Für den Sprengel des Oberlandesgerichtes Linz würde das einen Personalbedarf von 30 Ausbildungsplanstellen und 4 Millionen Euro Zusatzbudget bedeuten“, erklärt Gschwandtner

„Ein wichtiges Anliegen ist auch die Attraktivität der Justizarbeitsplätze. Durch die Einsparungen der letzten Jahre ist ein schwieriges Betriebsklima entstanden. Wir kämpfen mit Langzeitkrankenständen und Burnout ebenso wie mit der Tatsache, dass Kolleginnen und Kollegen im vermehrten Ausmaß vom Justizdienst weggehen und Ersatz am Arbeitsmarkt kaum zu kriegen ist“, so die Justizgewerkschaft.

Mit Kompetenz und Engagement arbeiten die Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeiter im Dienste der Gesellschaft und stützen damit die Rechtssicherheit und den Wirtschaftsstandort Österreich.

Personalnot und Budgetkürzungen gefährden dieses Service“

Trotz massiver Einsparungen in den letzten Jahren sind für 2020 wieder drastische Einschnitte angekündigt.

Die Justizgewerkschaft wehrt sich dagegen!

Rückfragehinweis:
Werner Gschwandtner,
Vorsitzender der OÖ Justizgewerkschaft
0676/898941111